

Bundesgesetzblatt²⁸⁵

Teil II

Z 1998 A

1988

Ausgegeben zu Bonn am 26. März 1988

Nr. 13

Tag	Inhalt	Seite
17. 3. 88	Gesetz zu dem Abkommen vom 16. Mai 1985 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen neu: 188-33	286
11. 3. 88	Bekanntmachung des Protokolls zu dem Vertrag über die dauernde Neutralität und den Betrieb des Panamakanals	293

Gesetz
zu dem Abkommen vom 16. Mai 1985
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark
über die gegenseitige Hilfeleistung
bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen

Vom 17. März 1988

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Tondern am 16. Mai 1985 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Aufwendungen, die auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland bei Hilfeleistungen in Dänemark entstehen, trägt in den Fällen

1. des Artikels 3 Abs. 1 Buchstabe a des Abkommens der Bund,
2. des Artikels 3 Abs. 1 Buchstabe b und des Artikels 3 Abs. 2 des Abkommens das Land Schleswig-Holstein;

landesrechtliche Bestimmungen über die Kostentragung innerhalb des Landes bleiben unberührt.

(2) Bei Aufwendungen, die auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland in den Fällen des Artikels 8 Abs. 2 und 3 des Abkommens entstehen, richtet sich die Kostenträgerschaft danach, ob die jeweilige Hilfsmaßnahme in den Aufgabenbereich des Bundes oder der Länder fällt.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 16 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 17. März 1988

Der Bundespräsident
Weizsäcker

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister des Innern
Dr. Zimmermann

Der Bundesminister des Auswärtigen
Genscher

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich Dänemark
über die gegenseitige Hilfeleistung
bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen**

**Overenskomst
mellem Forbundsrepublikken Tyskland
og Kongeriget Danmark
om ydelse af gensidig bistand
ved katastrofer eller alvorlige ulykker**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
das Königreich Dänemark,

Forbundsrepublikken Tyskland
og
Kongeriget Danmark,

überzeugt von der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Organen der beiden Staaten mit dem Ziel, die gegenseitige Hilfe bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen zu erleichtern und die Entsendung von Hilfskräften und -material zu beschleunigen,

som er overbevist om nødvendigheden af et samarbejde mellem de kompetente organer i begge lande med det formål at lette den gensidige bistand i tilfælde af katastrofer eller ved alvorlige ulykker og at fremskynde udsendelsen af hjælpemandskab og materiel, er blevet enige om følgende:

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Jede Vertragspartei verpflichtet sich, der anderen Vertragspartei bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen entsprechend ihren Möglichkeiten und nach den Bestimmungen dieses Abkommens Hilfe zu leisten. Katastrophe oder schwerer Unglücksfall im Sinne dieses Abkommens ist ein Geschehen, das Leben oder Gesundheit zahlreicher Menschen, erhebliche Sachwerte oder die lebensnotwendige Versorgung der Bevölkerung in so ungewöhnlichem Maße schädigt oder gefährdet, daß zu einer Bekämpfung auch der Einsatz von Einheiten und Einrichtungen erforderlich erscheint, die nicht für den täglichen Einsatz ständig zur Verfügung stehen.

(2) Art und Umfang der Hilfe werden je nach Einzelfall durch die nach Artikel 3 zuständigen Behörden einvernehmlich festgelegt.

Artikel 2

(1) Die Hilfe nach Artikel 1 besteht in der Entsendung solcher Hilfsmannschaften an den Ort der Katastrophe oder des schweren Unglücksfalls, die insbesondere in den Bereichen Brandbekämpfung, Bekämpfung von atomaren und chemischen Gefahren, Sanitätshilfe, Bergung oder behelfsmäßige Instandsetzung ausgebildet sind und über das für ihre Aufgaben erforderliche Spezialgerät verfügen. Die Hilfe wird in der Regel auf deutscher Seite durch Einheiten des Katastrophenschutzes, auf dänischer Seite durch Einheiten des Zivilschutzes geleistet, und, falls erforderlich, in jeder anderen geeigneten Weise.

(2) Die Hilfsmannschaften können auf dem Land-, Luft- oder Wasserweg entsandt werden.

Artikel 3

(1) Die für die Anforderung und Auslösung der Hilfsmaßnahmen zuständigen Behörden der Vertragsparteien sind

- a) der Innenminister der Bundesrepublik Deutschland und der Minister der Justiz des Königreichs Dänemark;

Artikel 1

(1) Hver kontraherende part forpligter sig til i tilfælde af katastrofer eller ved alvorlige ulykker at yde den anden kontraherende part bistand i overensstemmelse med sine muligheder og i henhold til denne overenskomsts bestemmelser. Katastrophe eller alvorlig ulykke skal i denne overenskomst forstås som en hændelse, der skader eller truer talrige menneskers liv eller helbred eller betydelige værdier eller befolkningens livsnødvendige forsyninger i en så usædvanlig grad, at det til imødegåelse heraf skønnes nødvendigt at indsætte hjælpeenheder og materiel ud over, hvad der normalt står til rådighed.

(2) Hjælpens art og omfang fastlægges i det enkelte tilfælde i samråd mellem de i artikel 3 nævnte kompetente myndigheder.

Artikel 2

(1) Den i artikel 1 forudsat bistand består i udsendelse til katastrofestedet eller stedet for den alvorlige ulykke af hjælpemandskaber, som er særligt uddannet til brandbekæmpelse, bekæmpelse af nukleare og kemiske farer, sanitetshjælp, bjergning eller nødreparationer, og som råder over det for udførelsen af disse opgaver fornødne specialudstyr. Bistand vil fra tysk side som regel blive ydet af enheder fra Katastrofebeskyttelseskorpset og fra dansk side af enheder fra Civilforsvaret, og i øvrigt ydes bistanden om nødvendigt på enhver anden hensigtsmæssig måde.

(2) Udsendelse af hjælpemandskaberne kan ske til lands, til vands eller ad luftvejen.

Artikel 3

(1) De kontraherende parter kompetente myndigheder, der kan anmode om og iværksætte bistandsforanstaltninger, er

- a) Forbundsrepublikken Tysklands indenrigsminister og Kongeriget Danmarks justitsminister.

b) auf der Ebene des grenznahen Gebiets:

- auf deutscher Seite: der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein oder die Landräte der Kreise Nordfriesland und Schleswig-Flensburg sowie der Oberbürgermeister der Stadt Flensburg;
- auf dänischer Seite: der Polizeipräsident in Graasten.

(2) Wenn hierzu ein Bedürfnis besteht, wird die Hilfe jedoch unmittelbar von den zuständigen Behörden der Grenzgemeinden erbeten und zugesagt.

(3) Der Innenminister der Bundesrepublik Deutschland und der Minister der Justiz des Königreichs Dänemark teilen einander, soweit erforderlich, die in Absatz 1 Buchstabe b genannten Behörden mit und ergreifen die Maßnahmen, die erforderlich sind, um die Kontakte zwischen ihnen herzustellen.

Artikel 4

(1) Um die für einen Hilfseinsatz erforderliche Wirksamkeit und Schnelligkeit zu gewährleisten, beschränken die Vertragsparteien die Förmlichkeiten beim Überschreiten der gemeinsamen Grenze auf das unerläßliche Mindestmaß.

(2) Der Leiter einer Hilfsmannschaft hat nur eine Bescheinigung mitzuführen, die den Hilfseinsatz, die Art der Einheit und die Zahl ihrer Angehörigen ausweist. Diese Bescheinigung wird von der Behörde ausgestellt, der die Einheit untersteht. Die Angehörigen der Hilfsmannschaft sind vom Paßzwang und vom Erfordernis einer Aufenthaltserlaubnis befreit.

(3) Kann im Fall besonderer Eilbedürftigkeit die Bescheinigung nach Absatz 2 nicht vorgelegt werden, so genügt jeder andere geeignete Nachweis, daß die Grenze zu einem Hilfseinsatz überschritten werden soll.

(4) Wenn es die Eilbedürftigkeit erfordert, kann die Grenze auch außerhalb der zugelassenen Übergangsstellen überschritten werden. Die mit der Grenzüberwachung beauftragten Behörden sind vorher hierüber zu unterrichten.

Artikel 5

(1) Im Sinne dieses und des folgenden Artikels bedeuten die Begriffe

„Ausrüstungsgegenstände“

das Material, die Fahrzeuge und die persönliche Ausstattung, die zum Gebrauch durch die Hilfsmannschaften bestimmt sind;

„Hilfsmittel“

die aus Anlaß des jeweiligen Einsatzes mitgeführten zusätzlichen Ausstattungsteile und sonstige Waren, die dazu bestimmt sind, an die betroffene Bevölkerung ausgegeben zu werden;

„Betriebsgüter“

die Waren, die zur Verwendung der Ausrüstungsgegenstände und zur Versorgung der Mannschaften erforderlich sind.

(2) Die Vertragsparteien werden den Grenzübergang für die bei Hilfseinsätzen notwendigen Ausrüstungsgegenstände, Hilfsmittel und Betriebsgüter der nach Artikel 2 entsandten Hilfsmannschaften erleichtern. Diese Ausrüstungsgegenstände, Hilfsmittel und Betriebsgüter gelten im Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei als zur vorübergehenden Verwendung abgefertigt.

(3) Die Hilfsmannschaften dürfen außer den bei Hilfseinsätzen notwendigen Ausrüstungsgegenständen, Hilfsmitteln und Betriebsgütern keine Waren mitführen.

(4) Die mitgeführten Hilfsmittel und Betriebsgüter sind, soweit sie bei den Hilfseinsätzen verbraucht werden, von allen Eingangsabgaben befreit. Die Ausrüstungsgegenstände sowie die Hilfsmittel und Betriebsgüter, die bei dem Hilfseinsatz nicht verbraucht wurden, sind wieder auszuführen. Lassen besondere Verhältnisse die Wiederausfuhr nicht zu, so sind Art und Menge sowie ihr Verwahrungsort der für die Hilfseinsätze verantwortlichen Be-

b) i de grænsenære områder:

- på tysk side: indenrigsministeren for delstaten Slesvig-Holsten eller landråderne i kredsene Nordfriesland og Slesvig-Flensborg samt overborgmesteren i Flensborg by
- på dansk side: politimesteren i Gråsten.

(2) Opstår behov herfor, kan der dog umiddelbart anmodes om og tilsiges bistand af de kompetente myndigheder i grænseområderne.

(3) Forbundsrepublikken Tysklands indenrigsminister og Kongeriget Danmarks justitsminister underretter i fornødent omfang hinanden om de i stk. 1, b) nævnte myndigheder og træffer de nødvendige foranstaltninger til etablering af kontakten mellem disse.

Artikel 4

(1) For at kunne gennemføre en hjælpeindsats med den nødvendige effektivitet og hurtighed skal de kontraherende parter begrænse formaliteterne i forbindelse med passage af den fælles grænse til det mindst mulige.

(2) For lederen af et hjælpemandskab er det tilstrækkeligt at medføre en attestation, som beskriver hjælpeaktionen, mandskabsenhedens karakter og det antal, den omfatter. Denne attestation udstedes af den myndighed, som enheden sorterer under. Medlemmerne af et hjælpemandskab er fritaget for krav om pas og opholdstilladelse.

(3) I særlig presserende tilfælde, hvor den i stk. 2 nævnte attestation ikke kan forelægges, vil enhver anden bevislighed være tilstrækkelig for passage af grænsen i bidstandsøjemed.

(4) Grænsepassage kan også finde sted uden for de officielle overgangssteder, hvis særlig hastende omstændigheder gør det påkrævet. Grænsebevogtningsmyndighederne skal i så fald underrettes forinden herom.

Artikel 5

(1) I denne og den følgende artikel betyder

„Udrustning“

materiel, køretøjer og personligt udstyr til brug for hjælpemandskabet;

„Hjælpe midler“

det til brug for hjælpeaktionen medførte supplerende udstyr og andre varer, bestemt for uddeling til den ramte befolkning;

„Driftsmidler“

de varer, som er nødvendige for anvendelse af udrustningen og til forsyning af mandskabet.

(2) De kontraherende parter vil lette grænsepassagen for den udrustning og de hjælpe- og driftsmidler, der ved bistandsaktionen er nødvendige for det i henhold til artikel 2 udsendte hjælpemandskab. Sådan udrustning, hjælpe- og driftsmidler betragtes i den anmodende kontraherende parts højhedsområde som indført til midlertidig anvendelse.

(3) Det er ikke tilladt hjælpemandskaber at indføre andet end den udrustning og de hjælpe- og driftsmidler, som er fornødne til gennemførelse af hjælpeaktioner.

(4) De medbragte hjælpe- og driftsmidler er, i det omfang de er opbrugt under hjælpeaktionerne, fritaget for alle indførselsafgifter. Udrustning, hjælpe- og driftsmidler, som ikke er opbrugt ved hjælpeaktionen, skal genudføres. Tillader særlige forhold ikke genudførelse, skal den for en hjælpeaktion ansvarlige myndighed underrettes om art, mængde og opbevaringssted. Denne myndighed underretter herefter vedkommende toldsted derom. I denne

hörde anzuzeigen, die die zuständige Zollstelle hiervon benachrichtigt; in diesem Fall gilt das nationale Recht der ersuchenden Vertragspartei.

(5) Für Waren, die nach den Absätzen 2 und 4 abgabenfrei sind, finden die Verbote und Beschränkungen für den Warenverkehr über die Grenze keine Anwendung. Das Verbringen von Suchtstoffen in das Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei im Rahmen der Hilfe nach Artikel 1 und die Rückführung der nicht verbrauchten Mengen gelten nicht als Ein- und Ausfuhr im Sinne des Einheits-Übereinkommens vom 30. März 1961 über Suchtstoffe. Suchtstoffe dürfen nur im Rahmen des dringlichen medizinischen Bedarfs eingeführt und nur durch qualifiziertes medizinisches Personal nach den gesetzlichen Bestimmungen der ersuchten Vertragspartei eingesetzt werden. Unberührt davon bleibt das Recht der ersuchenden Vertragspartei, an Ort und Stelle Kontrollen durchzuführen.

(6) Für die bei Hilfeinsätzen notwendigen Ausrüstungsgegenstände, Hilfsmittel und Betriebsgüter werden keine Ein- oder Ausfuhrpapiere verlangt oder ausgestellt. Der Leiter einer Hilfsmannschaft hat jedoch einen Sammelnachweis der mitgeführten Ausrüstungsgegenstände, Hilfsmittel und Betriebsgüter mitzuführen, der – von Einzelfällen abgesehen – von der Behörde zu bestätigen ist, der die Hilfsmannschaft untersteht.

(7) Die Einfuhr von Ausrüstungsgegenständen, Hilfsmitteln und Betriebsgütern außerhalb zugelassener Grenzübergangsstellen ist der zuständigen Zollstelle baldmöglichst anzuzeigen.

Artikel 6

(1) Luftfahrzeuge können nicht nur für die schnelle Heranführung der Hilfsmannschaften, sondern auch unmittelbar für andere Hilfeinsätze benutzt werden.

(2) Jede Vertragspartei gestattet Luftfahrzeugen, die von der anderen Vertragspartei für die in Absatz 1 genannten Zwecke eingesetzt werden, ihr Hoheitsgebiet zu überfliegen und darauf auch außerhalb von Flugplätzen zu landen und zu starten.

(3) Die Absicht, Luftfahrzeuge einzusetzen, ist den in Artikel 3 genannten Behörden unverzüglich mit möglichst genauen Angaben über Art und Kennzeichen des Luftfahrzeugs, Besatzung, Beladung, Abflugzeit, voraussichtliche Route und Landeort mitzuteilen.

(4) Sinngemäß werden angewandt

- a) auf die Besatzung der Luftfahrzeuge und mitfliegende Hilfsmannschaften Artikel 4;
- b) auf die Luftfahrzeuge und sonstige mitgeführte Ausrüstungsgegenstände, Hilfsmittel und Betriebsgüter Artikel 5.

(5) Die Anwendung des Absatzes 3 kann in den Einzelvereinbarungen nach Artikel 10 näher geregelt werden.

(6) Soweit sich aus Absatz 2 nichts anderes ergibt, sind die luftrechtlichen Verkehrsvorschriften jeder Vertragspartei weiterhin gültig, insbesondere die Pflicht, den zuständigen Kontrollstellen Angaben über die Flüge zu übermitteln.

Artikel 7

(1) Die Leitung der Rettungs- und Hilfsmaßnahmen obliegt in jedem Fall den Behörden der ersuchenden Vertragspartei.

(2) Anweisungen an die Hilfsmannschaften der ersuchten Vertragspartei werden ausschließlich an die Leiter dieser Mannschaften gerichtet, die Einzelheiten der Durchführung gegenüber den ihnen unterstellten Kräften anordnen. Die zuständigen Behörden der ersuchenden Vertragspartei erläutern nach Möglichkeit bei dem Hilfeersuchen die Aufgaben, die sie den Hilfsmannschaften der ersuchten Vertragspartei übertragen wollen.

(3) Die Behörden der ersuchenden Vertragspartei leisten den Hilfsmannschaften der ersuchten Vertragspartei Schutz und Hilfe.

situation gælder den anmodende kontraherende parts nationale lovgivning.

(5) Bestemmelser om forbud og begrænsninger i grænsehandelen finder ikke anvendelse på varer, der i henhold til stk. 2 og 4 er afgiftsfri. Indførsel af narkotiske lægemidler i den anmodende kontraherende parts højhedsområde inden for rammerne for hjælp i henhold til artikel 1 samt tilbageførsel af ikke anvendte kvanta skal ikke henføres til bestemmelserne om ind- og udførsel i Enkeltkonventionen af 30. marts 1961 om kontrol med narkotiske midler. Narkotiske midler må kun indføres inden for rammen af det strengt nødvendigt medicinske behov og kun anvendes af kvalificeret medicinsk personale i henhold til den anmodede kontraherende parts lovbestemmelser herom. Den anmodende kontraherende parts ret til kontrolforanstaltninger på stedet berøres ikke heraf.

(6) Ind- eller udførselsdokumenter kræves ikke og udstedes ikke for den udrustning og de hjælpe- og driftsmidler, som er nødvendige for hjælpeaktioner. Lederen af et hjælpemandskab skal dog medføre en fortegnelse over udrustning, hjælpe- og driftsmidler, der medbringes. Denne fortegnelse skal – bortset fra i hastesituationer – være bekræftet af den myndighed, hvorunder hjælpemandskabet sorterer.

(7) Sker indførsel af udrustning, hjælpe- og driftsmidler uden for de officielle grænseovergangssteder, skal vedkommende toldsted hurtigst muligt underrettes.

Artikel 6

(1) Luftfartøjer kan anvendes såvel til hurtig overførsel af hjælpemandskaber som indsættes direkte i andre bistandsøjemed.

(2) Hver kontraherende part tillader, at luftfartøjer, som den anden kontraherende part indsætter til opfyldelse af de i stk. 1 nævnte formål, overflyver deres højhedsområde og foretager landing og start på dette også uden for lufthavne.

(3) De i artikel 3 nævnte myndigheder skal ufortøvet gøres bekendt med en kontraherende parts hensigt om at indsætte luftfartøjer tillige med så nøjagtige oplysninger som muligt om indsatte luftfartøjers type og kendetegn, besætning, last, starttidspunkt, forventet rute og landingssted.

(4) a) Artikel 4 finder tilsvarende anvendelse på luftfartøjets besætning og det medfølgende hjælpemandskab;

b) Artikel 5 finder tilsvarende anvendelse på luftfartøjerne og anden medbragt udrustning, hjælpe- og driftsmidler.

(5) Nærmere bestemmelser om anvendelsen af stk. 3 kan fastsættes i de særftaler, som forudses afsluttet i henhold til artikel 10.

(6) Med mindre andet fremgår af stk. 2, er hver kontraherende parts luftfartsretlige trafikforskrifter fremdeles gældende, herunder særligt pligten til at give de kompetente kontrolsteder oplysninger om flyvningerne.

Artikel 7

(1) Det påhviler i hvert enkelt tilfælde den anmodende kontraherende parts myndigheder at forestå ledelsen af rednings- og hjælpeforanstaltninger.

(2) Anvisninger til den anmodede kontraherende parts hjælpemandskaber rettes udelukkende til disse mandskabers ledere, som fastlægger den detaljerede gennemførelse over for de dem underlagte styrker. Den anmodende kontraherende parts kompetente myndigheder skal ved anmodningens fremsættelse i videst muligt omfang give oplysning om de opgaver, som de agter at pålægge den anmodede kontraherende parts hjælpemandskaber.

(3) Den anmodende kontraherende parts myndigheder yder den anmodede kontraherende parts hjælpemandskaber beskyttelse og hjælp.

Artikel 8

(1) Die Kosten der Hilfeleistung durch die Hilfsmannschaften der ersuchten Vertragspartei nach Artikel 2, einschließlich der Aufwendungen, die durch Verlust und völlige oder teilweise Zerstörung der mitgeführten Gegenstände entstehen, werden von den Behörden der ersuchenden Vertragspartei nicht übernommen.

(2) Die Hilfsmannschaften der ersuchten Vertragspartei werden jedoch während der Dauer des Einsatzes auf Kosten der ersuchenden Vertragspartei gepflegt und untergebracht und mit Betriebsgütern versorgt, sofern die mitgeführten Bestände aufgebraucht sind. Sie erhalten ferner im Bedarfsfall jede erforderliche medizinische Hilfe.

(3) Bei Hilfeleistungen durch Luftfahrzeuge kann die ersuchte Vertragspartei verlangen, daß die Kosten, die durch den Einsatz von Luftfahrzeugen entstehen, von der ersuchenden Vertragspartei zur Hälfte übernommen werden. Die Höhe dieser Kosten richtet sich nach den in jedem der beiden Staaten gültigen Tarifen, wie sie in den besonderen Vereinbarungen nach Artikel 10 angegeben sind.

Artikel 9

(1) Jede Vertragspartei verzichtet auf alle Entschädigungsansprüche gegen die andere Vertragspartei wegen Beschädigung von Vermögenswerten, die ihr oder einer politischen oder verwaltungsmäßigen Untergliederung gehören, wenn der Schaden von einem Mitglied einer Hilfsmannschaft der anderen Vertragspartei bei der Erfüllung seines Auftrags im konkreten Zusammenhang mit der Durchführung dieses Abkommens verursacht worden ist.

(2) Jede Vertragspartei verzichtet für sich und ihre politischen oder verwaltungsmäßigen Untergliederungen auf alle Entschädigungsansprüche gegen die andere Vertragspartei, die auf dem Schaden beruhen, der einem Mitglied einer Hilfsmannschaft entsteht, das bei der Erfüllung seines Auftrags im konkreten Zusammenhang mit der Durchführung dieses Abkommens eine Verletzung oder den Tod erlitten hat.

(3) Wird durch ein Mitglied einer Hilfsmannschaft der ersuchten Vertragspartei bei der Erfüllung seines Auftrags im Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei einem Dritten ein Schaden zugefügt, so haftet die ersuchende Vertragspartei oder gegebenenfalls ihre ersuchende politische oder verwaltungsmäßige Untergliederung für den Schaden nach Maßgabe der Vorschriften, die im Fall eines durch ein Mitglied ihrer eigenen Hilfsmannschaften verursachten Schadens Anwendung finden.

(4) Die Behörden der Vertragsparteien arbeiten eng zusammen, um die Erledigung von Schadensersatzansprüchen zu erleichtern. Insbesondere tauschen sie alle ihnen zugänglichen Informationen über Schadensfälle im Sinne dieses Artikels aus.

(5) Dieser Artikel findet auch auf die Übungseinsätze nach Artikel 10 Absatz 5 Anwendung.

Artikel 10

(1) Die in Artikel 3 Absatz 1 genannten Behörden schließen die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlichen Einzelvereinbarungen.

(2) Eine Einzelvereinbarung enthält insbesondere folgende, für die Durchführung der Einsätze wesentliche Angaben:

- a) Aufgabenbereich der Personen, die berechtigt sind, Hilfe anzufordern, anzubieten und zuzusagen, sowie Bezeichnung, Anschrift und Telefonnummer der Dienststellen, denen sie angehören;
- b) Aufgabenbereich der Person, bei der sich der Leiter der Hilfsmannschaft nach seinem Eintreffen am Einsatzort melden muß, sowie Bezeichnung, Anschrift und Telefonnummer der Dienststelle, der diese Person angehört;
- c) Art, Stärke, Ausrüstung und Standort der Einheiten, die auf Ersuchen zu einem Hilfeinsatz entsandt werden können;

Artikel 8

(1) Den anmodende kontrahierende parts myndigheder påtager sig ikke at dække udgifterne til den hjælp, der er ydet af den anmodende kontraherende parts hjælpemandskaber i henhold til artikel 2, herunder udgifter i forbindelse med tab eller hel eller delvis ødelæggelse af medbragte genstande.

(2) Under bistandsaktioner afholder den anmodende kontraherende part dog udgifterne i forbindelse med den anmodende kontraherende parts hjælpemandskabers forplejning og logi og forsyner disse med driftsmidler, såfremt de medbragte beholdninger er opbrugt. Mandskaberne er endvidere efter behov berettiget til fornøden lægehjælp.

(3) Ved bistandsaktioner med anvendelse af luftfartøjer kan den anmodende kontraherende part forlange, at halvdelen af omkostningerne i forbindelse med indsætning af luftfartøjer betales af den anmodende kontraherende part. Omkostningerne beregnes efter de i hvert af landene gældende tariffer, således som de er angivet i særftaler i henhold til artikel 10.

Artikel 9

(1) Hver kontraherende part giver afkald på ethvert erstatningskrav mod den anden kontraherende part for beskadigelse af formuegoder, som tilhører denne eller et politisk eller forvaltningsmæssigt underordnet organ, hvis skaden er forårsaget af et medlem af et af den anden kontraherende parts hjælpemandskab under udførelsen af sin opgave i konkret sammenhæng med gennemførelsen af denne overenskomst.

(2) Hver kontraherende part giver på egne og sine politiske eller forvaltningsmæssigt underordnede organers vegne afkald på ethvert erstatningskrav mod den anden kontraherende part, berørende på en skade påført et medlem af et hjælpemandskab, som under udførelsen af sin opgave i konkret sammenhæng med gennemførelsen af denne overenskomst har været udsat for legemsbeskadigelse eller er afgået ved døden.

(3) Påfører et medlem af et hjælpemandskab fra den anmodende kontraherende part under udførelsen af sin opgave i den anmodende kontraherende parts højhedsområde tredjemand skade, hæfter den anmodende kontraherende part, eller i givet fald dens politiske eller forvaltningsmæssigt underordnede organer for skaden i henhold til de forskrifter, som ville have fundet anvendelse, såfremt skaden var forvoldt af et medlem af dens egne hjælpemandskaber.

(4) De kontraherende parters myndigheder vil samarbejde nært for at lette behandlingen af skadeerstatningskrav. I særdeleshed skal de udveksle alle tilgængelige oplysninger om skader, der må henføres til denne artikel.

(5) Denne artikel finder også anvendelse på øvelsesudrykninger i henhold til artikel 10, stk. 5.

Artikel 10

(1) De i artikel 3, stk. 1 nævnte myndigheder indgår de for gennemførelsen af denne overenskomst fornødne særftaler.

(2) En særftale skal særligt omfatte følgende oplysninger, der er væsentlige for gennemførelsen af udrykningen:

- a) Arbejdsområde for de personer, der er berettigede til at anmode om, tilbyde og tilsige hjælp, herunder navn, adresse og telefonnummer på de tjenestesteder, som de er tilknyttet;
- b) Arbejdsområde for den person, til hvem lederen af et hjælpemandskab skal henvende sig, når han ankommer til opgaveområdet, herunder navn, adresse og telefonnummer på det tjenestested, som den pågældende er tilknyttet;
- c) Type, styrketal, udrustning og hjemsted for de enheder, som efter anmodning vil kunne sendes til en hjælpeaktion;

d) alle sonstigen Auskünfte, die geeignet sind, die Hilfe zu beschleunigen und zu erleichtern, insbesondere über Fernsprech- und Funkverbindungen, die zwischen den unter den Buchstaben a und b bezeichneten Dienststellen bestehen oder herzustellen sind, sowie über Landeorte für Luft- und Seefahrzeuge.

(3) Eine weitere Einzelvereinbarung wird für den Betrieb der Funkanlagen getroffen, mit denen die Hilfsmannschaften ausgerüstet sind oder die ihnen zur Verfügung gestellt werden.

(4) Eine Einzelvereinbarung wird auch über die in Artikel 8 Absatz 3 genannten Kosten getroffen.

(5) Eine Einzelvereinbarung kann unter Umständen die gemeinsame Veranstaltung von Übungseinsätzen beiderseits der Grenzen vorsehen.

Artikel 11

(1) Um die Vorhersage und Vorbeugung von Katastrophen oder schweren Unglücksfällen zu fördern und um bei ihrem Eintreten die Einsätze wirksamer zu gestalten, nehmen die Vertragsparteien eine ständige enge Zusammenarbeit untereinander auf. Zu diesem Zweck tauschen sie alle geeigneten Informationen wissenschaftlich-technischer Art aus und veranstalten regelmäßig gemeinsame Tagungen.

(2) Die Vertragsparteien können ferner gemeinsame Untersuchungen und Tagungen durchführen, insbesondere zur besseren Erkenntnis der Ursachen von Katastrophen oder schweren Unglücksfällen und damit zur Verbesserung von Vorbeugungs- und Einsatzmitteln und -methoden.

(3) Auf Veranlassung jeder Vertragspartei können fachliche Lehrgänge für Techniker und Führungskräfte der anderen Vertragspartei und insbesondere für Hilfsmannschaften durchgeführt werden.

(4) Die Vertragsparteien tauschen ferner Informationen über Gefahren und Schäden aus, die sich auf das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei auswirken können. Die gegenseitige Unterrichtung umfaßt auch die vorsorgliche Übermittlung von Meßdaten.

(5) Diese Zusammenarbeit wird durch die in Artikel 3 genannten zuständigen Stellen durchgeführt.

(6) Die Anwendung dieses Artikels, insbesondere des Absatzes 4, wird in Einzelvereinbarungen näher geregelt.

Artikel 12

Alle Streitigkeiten über die Anwendung dieses Abkommens, die nicht unmittelbar durch die in Artikel 3 genannten Behörden beigelegt werden können, werden auf diplomatischem Weg beigelegt.

Artikel 13

Dieses Abkommen berührt nicht die Verpflichtungen und Zusicherungen anderer Vereinbarungen über die gegenseitigen Hilfeleistungen bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen mit besonderen Schadensursachen, denen beide Vertragsparteien beigetreten sind, sowie sonstige bestehende vertragliche Regelungen zwischen den Vertragsstaaten.

Artikel 14

Dieses Abkommen wird auf unbegrenzte Zeit geschlossen. Es kann nach Ablauf von fünf Jahren nach seinem Inkrafttreten jederzeit unter Einhaltung einer Frist von einem Jahr gekündigt werden.

Artikel 15

(1) Mit Ausnahme der Bestimmungen dieses Abkommens über den Luftverkehr gilt das Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Königreichs Dänemark innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

d) Alle yderligere oplysninger, som er egnede til at fremskynde og lette hjælpeindsatsen, særligt om de telefon- og radioforbindelser, som består eller skal etableres mellem de under pkt. a) og b) omhandlede tjenestesteder, samt om landingspladser for luftfartøjer og skibe.

(3) Der vil yderligere blive indgået en særtaftale med hensyn til driften af de radioanlæg, som hjælpemandskaberne er udstyret med, eller som stilles til rådighed for dem.

(4) Der vil endvidere blive indgået en særtaftale med hensyn til de i artikel 8, stk. 3 nævnte omkostninger.

(5) En særtaftale kan komme på tale om fælles foranstaltninger til gennemførelse af øvelsesudrykninger på begge sider af grænsen.

Artikel 11

(1) De kontraherende parter indleder et løbende og nært samarbejde for at forbedre muligheden for at forudsige og forebygge katastrofer eller alvorlige ulykker og for, såfremt de indtræffer, at gøre bistandsindsatsen mere effektiv. Med dette for øje udveksler de alle egnede oplysninger af videnskabelig-teknisk natur, ligesom der arrangeres regelmæssige fælles møder.

(2) De kontraherende parter kan endvidere arrangere fælles undersøgelser og møder, navnlig med henblik på at opnå bedre kendskab til årsagerne til katastrofer og alvorlige ulykker og dermed mulighed for at forbedre forebyggelses- og aktionsmidler og -metoder.

(3) På foranledning af hver af de kontraherende parter kan der gennemføres faglige kurser for den anden kontraherende parts teknikere, ledere og specielt for hjælpemandskaber.

(4) De kontraherende parter udveksler endvidere oplysninger om risici og skader, som kan tænkes at få indvirkning på den anden kontraherende parts højhedsområde. Den gensidige underretningsvirksomhed omfatter for en sikkerheds skyld også formidlingen af måledata.

(5) Dette samarbejde gennemføres af de i artikel 3 anførte kompetente myndigheder.

(6) Anvendelsen af denne artikel, navnlig af dens stk. 4, fastlægges nærmere i særtaftaler.

Artikel 12

Uoverensstemmelser om anvendelsen af denne overenskomst, som ikke umiddelbart kan bilægges af de i artikel 3 nævnte myndigheder, skal løses ad diplomatisk vej.

Artikel 13

Denne overenskomst berører ikke forpligtelserne og tilsikringerne i andre aftaler om gensidig bistand ved katastrofer eller alvorlige ulykker med særlige skadeårsager, som er tiltrådt af begge de kontraherende parter, og berører lige så lidt gældende overenskomstmæssige bestemmelser mellem de kontraherende parter.

Artikel 14

Denne overenskomst indgås uden tidsbegrænsning. Den kan fem år efter sin ikrafttræden til enhver tid opsiges med eet års varsel.

Artikel 15

(1) Med undtagelse af bestemmelserne vedrørende lufttrafikken gælder overenskomsten også for Land Berlin, såfremt Forbundsrepublikken Tysklands regering ikke inden tre måneder efter overenskomstens ikrafttræden over for Kongeriget Danmarks regering afgiver en modstående erklæring.

(2) Dieses Abkommen findet keine Anwendung auf die Färöer und auf Grönland.

Artikel 16

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(2) Denne overenskomst gælder ikke for Færøerne og Grønland.

Artikel 16

(1) Denne overenskomst skal ratificeres; ratifikationsinstrumenterne skal udveksles i Bonn snarest muligt.

(2) Denne overenskomst træder i kraft den første dag i den anden måned efter udvekslingen af ratifikationsinstrumenterne.

Geschehen zu Tondern am 16. Mai 1985, in zwei Urschriften, jede in deutscher und dänischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Udfærdiget i Tønder den 16. maj 1985 i to originale eksemplarer på tysk og dansk, og således at hver tekst har samme gyldighed.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For Forbundsrepublikken Tyskland
Dr. Helmut Kohl

Für das Königreich Dänemark
For Kongeriget Danmark
Poul Schlüter

**Bekanntmachung
des Protokolls zu dem Vertrag über die dauernde
Neutralität und den Betrieb des Panamakanals**

Vom 11. März 1988

Das Protokoll zu dem in Washington am 7. September 1977 von den Vereinigten Staaten von Amerika und der Republik Panama geschlossenen Vertrag über die dauernde Neutralität und den Betrieb des Panamakanals ist nach seinem Artikel III für die

Bundesrepublik Deutschland am 9. Februar 1988
in Kraft getreten.

Die Ratifikationsurkunde war am 9. Februar 1988 bei dem Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten in Washington hinterlegt worden.

Das Protokoll ist ferner in Kraft getreten für

Ägypten	am	6. April 1981
Äquatorialguinea	am	4. Februar 1987
Argentinien	am	4. November 1983
Barbados	am	14. September 1987
Belize	am	26. März 1985
Bolivien	am	7. März 1980
Chile	am	22. Juli 1980
China	am	22. Juli 1980
Costa Rica	am	18. September 1981
Dänemark	am	15. Dezember 1982
Dominikanische Republik	am	5. April 1984
Ecuador	am	25. Juli 1986
El Salvador	am	1. Mai 1980
Finnland	am	31. Oktober 1986
Guatemala	am	17. Juli 1980
Honduras	am	13. Mai 1980
Israel	am	30. Juni 1983
Jamaica	am	30. November 1984
Korea, Republik	am	4. November 1980
Liberia	am	9. September 1985
Malawi	am	12. Mai 1980
Nicaragua	am	1. Mai 1980
Niederlande	am	3. April 1985
(für das Königreich in Europa, die Niederländischen Antillen und Aruba)		
Norwegen	am	15. Dezember 1982
Philippinen	am	20. Mai 1981
Saudi-Arabien	am	27. August 1987
Schweden	am	3. Mai 1984
Spanien	am	13. April 1981
St. Vincent und die Grenadinen	am	24. Juni 1981
Tunesien	am	18. Juni 1981
Uruguay	am	10. Dezember 1986
Venezuela	am	4. Oktober 1982
Vereinigtes Königreich	am	15. Dezember 1982
Vietnam	am	6. November 1979

Das Protokoll und der Vertrag werden nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 11. März 1988

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Oesterheld

Vertrag über die dauernde Neutralität und den Betrieb des Panamakanals

Treaty concerning the permanent Neutrality and Operation of the Panama Canal

(Übersetzung)

The United States of America and the Republic of Panama have agreed upon the following:

Die Vereinigten Staaten von Amerika und die Republik Panama sind wie folgt übereingekommen:

Article I

The Republic of Panama declares that the Canal, as an international transit waterway, shall be permanently neutral in accordance with the regime established in this Treaty. The same regime of neutrality shall apply to any other international waterway that may be built either partially or wholly in the territory of the Republic of Panama.

Artikel I

Die Republik Panama erklärt, daß der Kanal als internationale Transit-Wasserstraße in Übereinstimmung mit dem in diesem Vertrag festgelegten Status dauernd neutral bleiben soll. Derselbe Neutralitätsstatus gilt für jede andere internationale Wasserstraße, die teilweise oder ganz im Hoheitsgebiet der Republik Panama gebaut wird.

Article II

The Republic of Panama declares the neutrality of the Canal in order that both in time of peace and in time of war it shall remain secure and open to peaceful transit by the vessels of all nations on terms of entire equality, so that there will be no discrimination against any nation, or its citizens or subjects, concerning the conditions or charges of transit, or for any other reason, and so that the Canal, and therefore the Isthmus of Panama, shall not be the target of reprisals in any armed conflict between other nations of the world. The foregoing shall be subject to the following requirements:

Artikel II

Die Republik Panama erklärt den Kanal für neutral, damit er sowohl in Friedens- als auch in Kriegszeiten sicher und für die friedliche Transitdurchfahrt von Schiffen aller Staaten unter Bedingungen völliger Gleichberechtigung offenbleibt, so daß ein Staat oder seine Staatsangehörigen oder Untertanen hinsichtlich der Transitbedingungen oder -gebühren oder aus einem anderen Grund nicht diskriminiert und der Kanal und damit die Landenge von Panama nicht zum Ziel von Vergeltungsmaßnahmen in einem bewaffneten Konflikt zwischen anderen Staaten der Welt werden. Dies gilt unter folgenden Voraussetzungen:

- (a) Payment of tolls and other charges for transit and ancillary services, provided they have been fixed in conformity with the provisions of Article III (c);
- (b) Compliance with applicable rules and regulations, provided such rules and regulations are applied in conformity with the provisions of Article III;
- (c) The requirement that transiting vessels commit no acts of hostility while in the Canal; and
- (d) Such other conditions and restrictions as are established by this Treaty.

- a) Entrichtung von Gebühren und sonstigen Abgaben für die Transitdurchfahrt und für Hilfsdienste, sofern diese im Einklang mit Artikel III Buchstabe c festgelegt sind;
- b) Einhaltung der anwendbaren Regeln und Vorschriften, sofern diese im Einklang mit Artikel III angewendet werden;
- c) Forderung an Schiffe im Transit, keine feindseligen Handlungen zu begehen, solange sie sich im Kanal befinden;
- d) sonstige durch diesen Vertrag festgelegte Bedingungen und Beschränkungen.

Article III

1. For purposes of the security, efficiency and proper maintenance of the Canal the following rules shall apply:

- (a) The Canal shall be operated efficiently in accordance with conditions of transit through the Canal, and rules and regulations that shall be just, equitable and reasonable, and limited to those necessary for safe navigation and efficient, sanitary operation of the Canal;
- (b) Ancillary services necessary for transit through the Canal shall be provided;
- (c) Tolls and other charges for transit and ancillary services shall be just, reasonable, equitable and consistent with the principles of international law;
- (d) As a pre-condition of transit, vessels may be required to establish clearly the financial responsibility and guarantees

Artikel III

(1) Für Zwecke der Sicherheit, Leistungsfähigkeit und ordnungsgemäßen Unterhaltung des Kanals gelten folgende Regeln:

- a) Der Kanal wird in Übereinstimmung mit den Bedingungen für die Transitdurchfahrt durch den Kanal und gerechten, angemessenen und vernünftigen Regeln und Vorschriften, die auf das für die Sicherheit der Schifffahrt und den leistungsfähigen, gesundheitstechnisch einwandfreien Betrieb des Kanals Notwendige zu beschränken sind, wirksam betrieben;
- b) die für die Transitdurchfahrt durch den Kanal notwendigen Hilfsdienste werden zur Verfügung gestellt;
- c) die Gebühren und sonstigen Abgaben für die Transitdurchfahrt und für die Hilfsdienste müssen gerecht, zumutbar und angemessen sein und den Grundsätzen des Völkerrechts entsprechen;
- d) als Voraussetzung für die Transitdurchfahrt kann von Schiffen verlangt werden, daß die finanzielle Verantwortung und die

for payment of reasonable and adequate indemnification, consistent with international practice and standards, for damages resulting from acts or omissions of such vessels when passing through the Canal. In the case of vessels owned or operated by a State or for which it has acknowledged responsibility, a certification by that State that it shall observe its obligations under international law to pay for damages resulting from the act or omission of such vessels when passing through the Canal shall be deemed sufficient to establish such financial responsibility;

- (e) Vessels of war and auxiliary vessels of all nations shall at all times be entitled to transit the Canal, irrespective of their internal operation, means of propulsion, origin, destination or armament, without being subjected, as a condition of transit, to inspection, search or surveillance. However, such vessels may be required to certify that they have complied with all applicable health, sanitation and quarantine regulations. In addition, such vessels shall be entitled to refuse to disclose their internal operation, origin, armament, cargo or destination. However, auxiliary vessels may be required to present written assurances, certified by an official at a high level of the government of the State requesting the exemption, that they are owned or operated by that government and in this case are being used only on government non-commercial service.

2. For the purposes of this Treaty, the terms "Canal", "vessel of war," "auxiliary vessel," "internal operation," "armament" and "inspection" shall have the meanings assigned them in Annex A to this Treaty.

Article IV

The United States of America and the Republic of Panama agree to maintain the regime of neutrality established in this Treaty, which shall be maintained in order that the Canal shall remain permanently neutral, notwithstanding the termination of any other treaties entered into by the two Contracting Parties.

Article V

After the termination of the Panama Canal Treaty, only the Republic of Panama shall operate the Canal and maintain military forces, defense sites and military installations within its national territory.

Article VI

1. In recognition of the important contributions of the United States of America and of the Republic of Panama to the construction, operation, maintenance, and protection and defense of the Canal, vessels of war and auxiliary vessels of those nations shall, notwithstanding any other provisions of this Treaty, be entitled to transit the Canal irrespective of their internal operation, means of propulsion, origin, destination, armament or cargo carried. Such vessels of war and auxiliary vessels will be entitled to transit the Canal expeditiously.

2. The United States of America, so long as it has responsibility for the operation of the Canal, may continue to provide the Republic of Colombia toll-free transit through the Canal for its troops, vessels and materials of war. Thereafter, the Republic of Panama may provide the Republic of Colombia and the Republic of Costa Rica with the right of toll-free transit.

Garantien für die Zahlung einer zumutbaren und angemessenen Entschädigung entsprechend den internationalen Gepflogenheiten und Normen für Schäden, die durch Handlungen oder Unterlassungen solcher Schiffe während der Durchfahrt durch den Kanal verursacht werden, eindeutig festgelegt werden. Im Fall von einem Staat gehörenden oder von ihm betriebenen Schiffen oder von Schiffen, für die ein Staat die Verantwortung übernommen hat, gilt eine von diesem Staat ausgestellte Bescheinigung, daß er seine völkerrechtlichen Verpflichtungen zur Ersatzleistung für Schäden, die durch Handlungen oder Unterlassungen solcher Schiffe während der Durchfahrt durch den Kanal verursacht werden, als ausreichend zur Feststellung einer solchen finanziellen Verantwortung;

- e) Kriegsschiffe und Hilfsschiffe aller Staaten sind jederzeit zur Transitdurchfahrt durch den Kanal berechtigt, ungeachtet ihres Bordbetriebs, ihres Antriebsmittels, ihres Heimathafens, ihres Bestimmungsorts oder ihrer Bewaffnung, ohne als Bedingung für die Transitdurchfahrt eine Überprüfung, Durchsuchung oder Überwachung unterzogen zu werden. Von diesen Schiffen kann jedoch eine Bescheinigung verlangt werden, aus der hervorgeht, daß sie allen anwendbaren Gesundheits-, Hygiene- und Quarantänenvorschriften entsprechen. Diese Schiffe sind ferner berechtigt, Angaben über ihren Bordbetrieb, ihren Heimathafen, ihre Bewaffnung, ihre Ladung oder ihren Bestimmungsort zu verweigern. Von Hilfsschiffen können jedoch schriftliche Zusicherungen verlangt werden, die von einem hochrangigen Regierungsbeamten des Staates, der die Ausnahme verlangt, bestätigt sind, daß diese Schiffe der betreffenden Regierung gehören oder von ihr betrieben werden und in dem vorliegenden Fall im Staatsdienst stehen und ausschließlich anderen als Handelszwecken dienen.

(2) Für die Zwecke dieses Vertrags haben die Ausdrücke „Kanal“, „Kriegsschiff“, „Hilfsschiff“, „Bordbetrieb“, „Bewaffnung“ und „Überprüfung“ die ihnen in Anlage A des Vertrags zugewiesene Bedeutung.

Artikel IV

Die Vereinigten Staaten von Amerika und die Republik Panama vereinbaren, den durch diesen Vertrag festgelegten Neutralitätsstatus aufrechtzuerhalten, damit der Kanal ungeachtet des Außerkrafttretens anderer von den beiden Vertragsparteien geschlossener Verträge dauernd neutral bleibt.

Artikel V

Nach Außerkrafttreten des Panamakanal-Vertrags betreibt nur die Republik Panama den Kanal; nur sie unterhält Streitkräfte, Verteidigungsanlagen und Militäreinrichtungen innerhalb ihres Staatsgebiets.

Artikel VI

(1) In Anerkennung des bedeutenden Beitrags der Vereinigten Staaten von Amerika und der Republik Panama zum Bau, zum Betrieb, zur Unterhaltung sowie zum Schutz und zur Verteidigung des Kanals sind Kriegsschiffe und Hilfsschiffe dieser Staaten ungeachtet anderer Bestimmungen dieses Vertrags berechtigt, unabhängig von ihrem Bordbetrieb, ihrem Antriebsmittel, ihrem Heimathafen, ihrem Bestimmungsort, ihrer Bewaffnung oder der mitgeführten Ladung den Kanal im Transit zu durchfahren. Diese Kriegsschiffe und Hilfsschiffe sind berechtigt, den Kanal zügig im Transit zu durchfahren.

(2) Die Vereinigten Staaten von Amerika dürfen, solange sie für den Betrieb des Kanals verantwortlich sind, der Republik Kolumbien weiterhin die gebührenfreie Transitdurchfahrt durch den Kanal für ihre Truppen, ihre Schiffe und ihr Kriegsmaterial gestatten. Danach kann die Republik Panama der Republik Kolumbien und der Republic Costa Rica das Recht zur gebührenfreien Transitdurchfahrt gewähren.

Article VII

1. The United States of America and the Republic of Panama shall jointly sponsor a resolution in the Organization of American States opening to accession by all States of the world the Protocol to this Treaty whereby all the signatories will adhere to the objectives of this Treaty, agreeing to respect the regime of neutrality set forth herein.

2. The Organization of American States shall act as the depositary for this Treaty and related instruments.

Article VIII

This Treaty shall be subject to ratification in accordance with the constitutional procedures of the two Parties. The instruments of ratification of this Treaty shall be exchanged at Panama at the same time as the instruments of ratification of the Panama Canal Treaty, signed this date, are exchanged. This Treaty shall enter into force, simultaneously with the Panama Canal Treaty, six calendar months from the date of the exchange of the instruments of ratification.

Done at Washington, this 7th day of September, 1977, in duplicate, in the English and Spanish languages, both texts being equally authentic.

For the United States of America
Jimmy Carter
President of the United States of America

For the Republic of Panama
O. Torrijos
Head of Government of the Republic of Panama

Artikel VII

(1) Die Vereinigten Staaten von Amerika und die Republik Panama werden gemeinsam in der Organisation Amerikanischer Staaten eine Entschließung einbringen, die allen Staaten der Welt den Beitritt zum Protokoll zu diesem Vertrag eröffnet, durch das sich alle Unterzeichner den Zielen des Vertrags anschließen, indem sie zustimmen, den darin vorgesehenen Neutralitätsstatus zu achten.

(2) Die Organisation Amerikanischer Staaten wird als Verwahrer dieses Vertrags und der damit zusammenhängenden Urkunden tätig.

Artikel VIII

Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation nach Maßgabe der verfassungsrechtlichen Verfahren der beiden Vertragsparteien. Die Ratifikationsurkunden zu dem Vertrag werden zur selben Zeit wie die Ratifikationsurkunden zu dem am heutigen Tag unterzeichneten Panamakanal-Vertrag in Panama ausgetauscht. Dieser Vertrag tritt gleichzeitig mit dem Panamakanal-Vertrag sechs Kalendermonate nach dem Tag des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Geschehen zu Washington am 7. September 1977 in zwei Urschriften, jede in englischer und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Vereinigten Staaten von Amerika
Jimmy Carter
Prsident der Vereinigten Staaten von Amerika

Für die Republik Panama
O. Torrijos
Regierungschef der Republik Panama

(Übersetzung)

Annex A

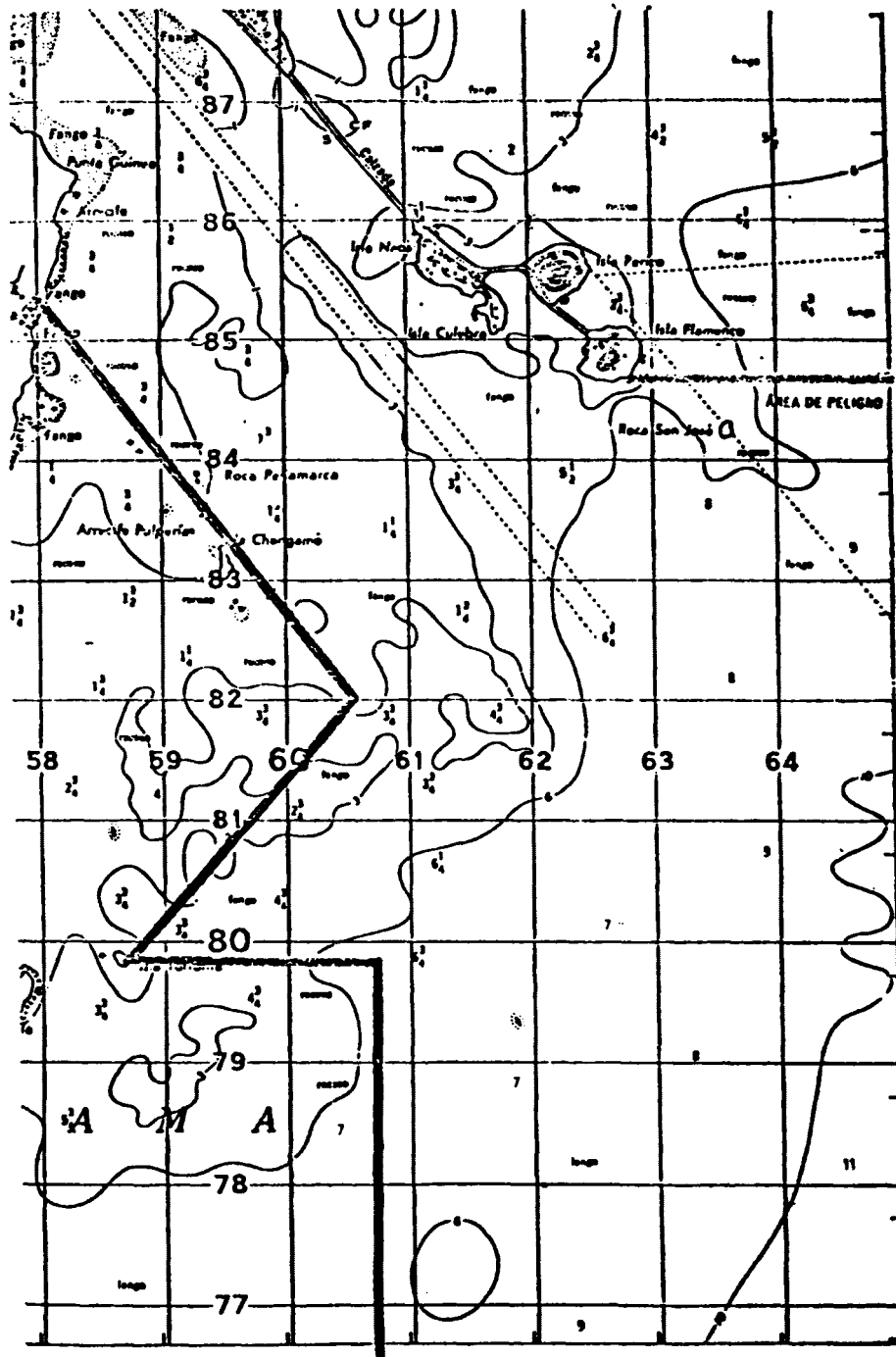
1. "Canal" includes the existing Panama Canal, the entrances thereto and the territorial seas of the Republic of Panama adjacent thereto, as defined on the map annexed hereto (Annex B), and any other inter-oceanic waterway in which the United States of America is a participant or in which the United States of America has participated in connection with the construction or financing, that may be operated wholly or partially within the territory of the Republic of Panama, the entrances thereto and the territorial seas adjacent thereto.
2. "Vessel of war" means a ship belonging to the naval forces of a State, and bearing the external marks distinguishing warships of its nationality, under the command of an officer duly commissioned by the government and whose name appears in the Navy List, and manned by a crew which is under regular naval discipline.
3. "Auxiliary vessel" means any ship, not a vessel of war, that is owned or operated by a State and used, for the time being, exclusively on government non-commercial service.
4. "Internal operation" encompasses all machinery and propulsion systems, as well as the management and control of the vessel, including its crew. It does not include the measures necessary to transit vessels under the control of pilots while such vessels are in the Canal.
5. "Armament" means arms, ammunitions, implements of war and other equipment of a vessel which possesses characteristics appropriate for use for warlike purposes.
6. "Inspection" includes on-board examination of vessel structure, cargo, armament and internal operation. It does not include those measures strictly necessary for admeasurement, nor those measures strictly necessary to assure safe, sanitary transit and navigation, including examination of deck and visual navigation equipment, nor in the case of live cargoes, such as cattle or other livestock, that may carry communicable diseases, those measures necessary to assure that health and sanitation requirements are satisfied.

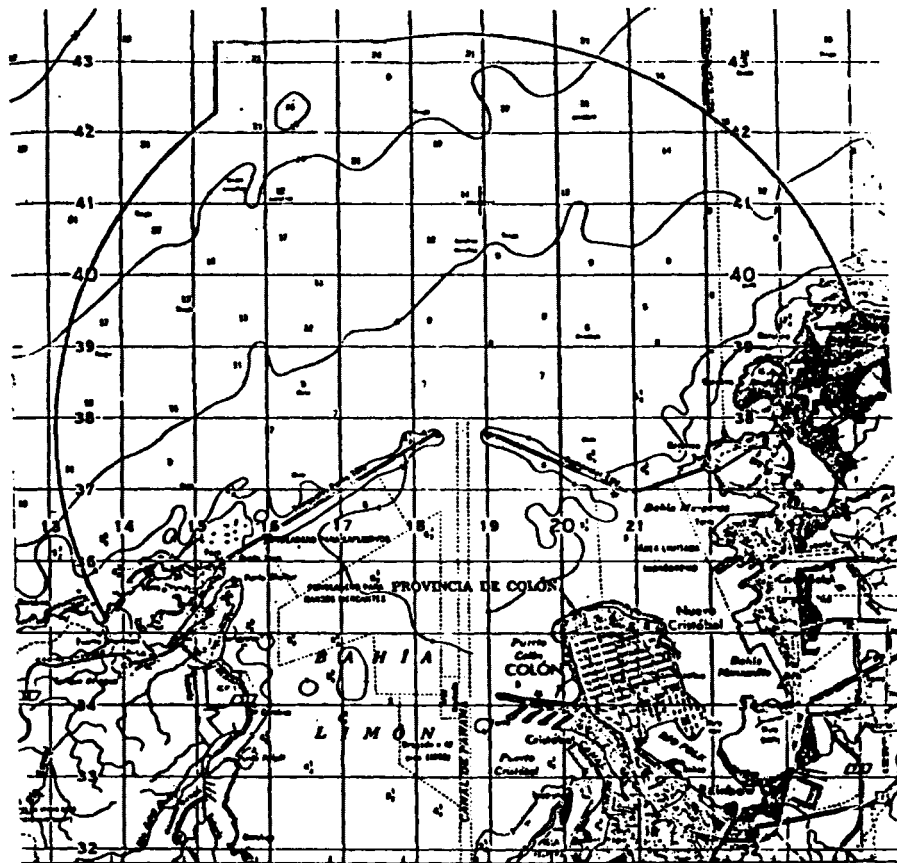
Anlage A

1. Der Ausdruck „Kanal“ umfaßt den bestehenden Panamakanal, seine Einfahrten und das sich daran anschließende Küstenmeer der Republik Panama entsprechend der beigefügten Karte (Anlage B) sowie jede andere die Ozeane verbindende Wasserstraße, an der die Vereinigten Staaten von Amerika beteiligt sind oder an der sich die Vereinigten Staaten von Amerika im Zusammenhang mit dem Bau oder der Finanzierung beteiligt haben und die ganz oder teilweise innerhalb des Hoheitsgebiets der Republik Panama betrieben wird, ihre Einfahrten und das sich daran anschließende Küstenmeer.
2. Der Ausdruck „Kriegsschiff“ bezeichnet ein zu den Seestreitkräften eines Staates gehörendes Schiff, das die äußeren Kennzeichen eines Kriegsschiffs seiner Staatszugehörigkeit trägt; es muß unter dem Kommando eines von der jeweiligen Regierung ordnungsgemäß bestellten Offiziers stehen, dessen Name in der Marineliste enthalten ist; die Besatzung muß den Regeln der Marinedisziplin unterstehen.
3. Der Ausdruck „Hilfsschiff“ bezeichnet ein Schiff, das kein Kriegsschiff ist und das einem Staat gehört oder von ihm betrieben wird und derzeit im Staatsdienst steht und ausschließlich anderen als Handelszwecken dient.
4. Der Ausdruck „Bordbetrieb“ umfaßt alle Maschinen- und Antriebssysteme sowie die Leitung und Kontrolle des Schiffes einschließlich der Besatzung. Er umfaßt nicht die Maßnahmen, die für die Transitudurchfahrt eines Schiffes unter der Kontrolle eines Lotsen erforderlich sind, während sich das Schiff im Kanal befindet.
5. Der Ausdruck „Bewaffnung“ bezeichnet Waffen, Munition, Kriegsgerät und sonstige Schiffsausrüstung, die Eigenschaften besitzt, die sie zur Verwendung für kriegsähnliche Zwecke geeignet machen.
6. Der Ausdruck „Überprüfung“ umfaßt die an Bord durchgeführte Untersuchung der Bauausführung, der Ladung, der Bewaffnung und des Bordbetriebs des Schiffes. Er umfaßt nicht die für die Vermessung unbedingt notwendigen Maßnahmen oder die Maßnahmen, die zur Gewährleistung der sicheren, gesundheitstechnisch einwandfreien Transitudurchfahrt und Schifffahrt unbedingt notwendig sind, einschließlich der Untersuchung der Decks- und der optischen Navigationsausrüstung, oder im Fall lebender Ladung wie Rinder oder sonstige Tiere, die ansteckende Krankheiten haben können, die Maßnahmen, die notwendig sind, um zu gewährleisten, daß Gesundheits- und Hygienevorschriften eingehalten werden.

Annex B

Anlage B





(Übersetzung)

Scale: 1 : 50 000

Map attachment to Annex "A"
of Treaty concerning the permanent
neutrality and operation
of the Panama Canal.

Maßstab 1 : 50 000

Der Anlage A des Vertrags
über die dauernde Neutralität
und den Betrieb des Panamakanals
beigefügte Karte.

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze, Verordnungen und sonstige Veröffentlichungen von wesentlicher Bedeutung.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt, Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (02 28) 3 82 08 - 0.

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 62,80 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,97 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1987 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 2,87 DM (1,97 DM zuzüglich 0,90 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 3,67 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 1998 A · Gebühr bezahlt

(Übersetzung)

Protocol to the Treaty Concerning the Permanent Neutrality and Operation of the Panama Canal

Whereas the maintenance of the neutrality of the Panama Canal is important not only to the commerce and security of the United States of America and the Republic of Panama, but to the peace and security of the Western Hemisphere and to the interests of world commerce as well;

Whereas the regime of neutrality which the United States of America and the Republic of Panama have agreed to maintain will ensure permanent access to the Canal by vessels of all nations on the basis of entire equality;

Whereas the said regime of effective neutrality shall constitute the best protection for the Canal and shall ensure the absence of any hostile act against it;

The Contracting Parties to this Protocol have agreed upon the following:

Article I

The Contracting Parties hereby acknowledge the regime of permanent neutrality for the Canal established in the Treaty Concerning the Permanent Neutrality and Operation of the Panama Canal and associate themselves with its objectives.

Article II

The Contracting Parties agree to observe and respect the regime of permanent neutrality of the Canal in time of war as in time of peace, and to ensure that vessels of their registry strictly observe the applicable rules.

Article III

This Protocol shall be open to accession by all states of the world, and shall enter into force for each State at the time of deposit of its instrument of accession with the Secretary General of the Organization of American States.

Protokoll zu dem Vertrag über die dauernde Neutralität und den Betrieb des Panamakanals

In der Erwägung, daß die Aufrechterhaltung der Neutralität des Panamakanals nicht nur für den Handel und die Sicherheit der Vereinigten Staaten von Amerika und der Republik Panama, sondern auch für den Frieden und die Sicherheit der westlichen Hemisphäre sowie für die Interessen des Welthandels wichtig ist;

in der Erwägung, daß der Neutralitätsstatus, dessen Aufrechterhaltung die Vereinigten Staaten von Amerika und die Republik Panama vereinbart haben, den ständigen Zugang zu dem Kanal für Schiffe aller Staaten auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung gewährleisten wird;

in der Erwägung, daß der genannte Status tatsächlicher Neutralität den besten Schutz für den Kanal darstellt und die Unterlassung jeder feindseligen Handlung gegen ihn gewährleistet,

haben die Vertragsparteien dieses Protokolls folgendes vereinbart:

Artikel I

Die Vertragsparteien erkennen hiermit den Status dauernder Neutralität des Kanals an, der in dem Vertrag über die dauernde Neutralität und den Betrieb des Panamakanals festgelegt ist, und schließen sich seinen Zielen an.

Artikel II

Die Vertragsparteien vereinbaren, den Status dauernder Neutralität des Kanals sowohl in Kriegs- als auch in Friedenszeiten zu beachten und zu achten sowie sicherzustellen, daß die in ihr Schiffsregister eingetragenen Schiffe die anwendbaren Regeln genau einhalten.

Artikel III

Dieses Protokoll liegt für alle Staaten der Welt zum Beitritt auf; es tritt für jeden Staat zum Zeitpunkt der Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde beim Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten in Kraft.